

TICHYS EINBLICK

DAS LIBERAL-KONSERVATIVE MEINUNGSMAGAZIN

BÜROKRATIEAUFBAUPROGRAMM

Der Staat expandiert, während die Wirtschaft ausblutet



VON **THOMAS PUNZMANN**

Do, 19. Juni 2025

Während die Wirtschaft schrumpft, wächst der Staatsapparat. Neue Ministerien mit hunderten zusätzlicher Stellen. Statt Entlastung für Mittelstand und Industrie schafft die Politik mehr Stellen in der Bürokratie. Was nach Selbstbedienung aussieht, könnte tatsächlich Selbstbedienung sein.



Während Deutschland wirtschaftlich taumelt, gönnt sich die Bundesregierung einen neuen Stellenaufwuchs von über 200 Posten. Ganz so, als befände man sich mitten in einem Aufschwung. Wieder ein Punkt, vor der Wahl versprochen, Stellen zu streichen, aber was gilt das Geschwätz von gestern. Mitten in einer Wirtschaftskrise, in der in fast allen Branchen Monat für Monat Arbeitsplätze abgebaut werden, genehmigt sich der politische Apparat einen vollen Schluck aus der Pulle. Mehr Personal, mehr Bürokratie – bedeutet mehr Macht. Die neue Regierung schafft sich nicht nur ein eigenes Ministerium für „Digitales und Staatsmodernisierung“, sondern gleich 150 neue Stellen dazu. Selbstverständlich mit Zentral- und Leitungsabteilung. Alles inklusive so zusagen. Der Staat wächst immer weiter. Die Wertschöpfung geht zurück.

Das Kanzleramt erhält 40 neue Planstellen, 13 davon die Stabstelle für den künftigen Nationalen Sicherheitsrat. Acht Stellen sind für das Büro von Olaf Scholz. Falls Ihnen der Name nicht mehr geläufig ist. Er war einmal Kanzler. Die 8 Stellen sind für sein Altkanzler-Büro. Die Begründung ist ebenso durchsichtig wie peinlich. Der Ukraine-Krieg wäre in seine Amtszeit gefallen und bedeutet jetzt offenbar einen Freifahrtsschein für personelle Sonderausstattung.

In der Finanzministeriumsprosa klingt das dann so: „Aufgrund der zu erwartenden Entwicklung seiner nachamtlichen Tätigkeit, u.a. fiel der russische Überfall auf die Ukraine in die Amtszeit, ist die personelle Unterstützung in dem vorgesehenen Umfang jedoch erforderlich.“ Besser hätte das so niemand formulieren können. Dass das den eigenen Haushaltsbeschlüssen widerspricht? Kleinlicher Einwand. Hier geht es um etwas Größeres, hier geht es um die eigene Versorgung.

Öffentlicher Dienst auf Rekordhoch – doch wer zahlt?

Fast 5,4 Millionen Beschäftigte arbeiten inzwischen im öffentlichen Dienst. Die Zahl ist innerhalb **eines Jahres um fast 100.000 gewachsen**. Jeder achte Beschäftigte in Deutschland wird nun direkt vom Staat entlohnt. Kein Wunder, dass die Steuerlast Rekordhöhen erreicht hat. Ein Staat im Vollausbau. Doch wer soll all diese Transferleistungen bezahlen?

Die Industrie als tragende Säule des Wohlstands verliert rapide an Kraft. 120.000 Jobs sind im Verarbeitenden Gewerbe binnen eines Jahres weggefallen. Besonders betroffen sind kleine und mittlere Betriebe. Das ist der Mittelstand, der immer wieder bei Sonntagsreden von Politikern als Rückgrat der deutschen Wirtschaft beschworen wird.



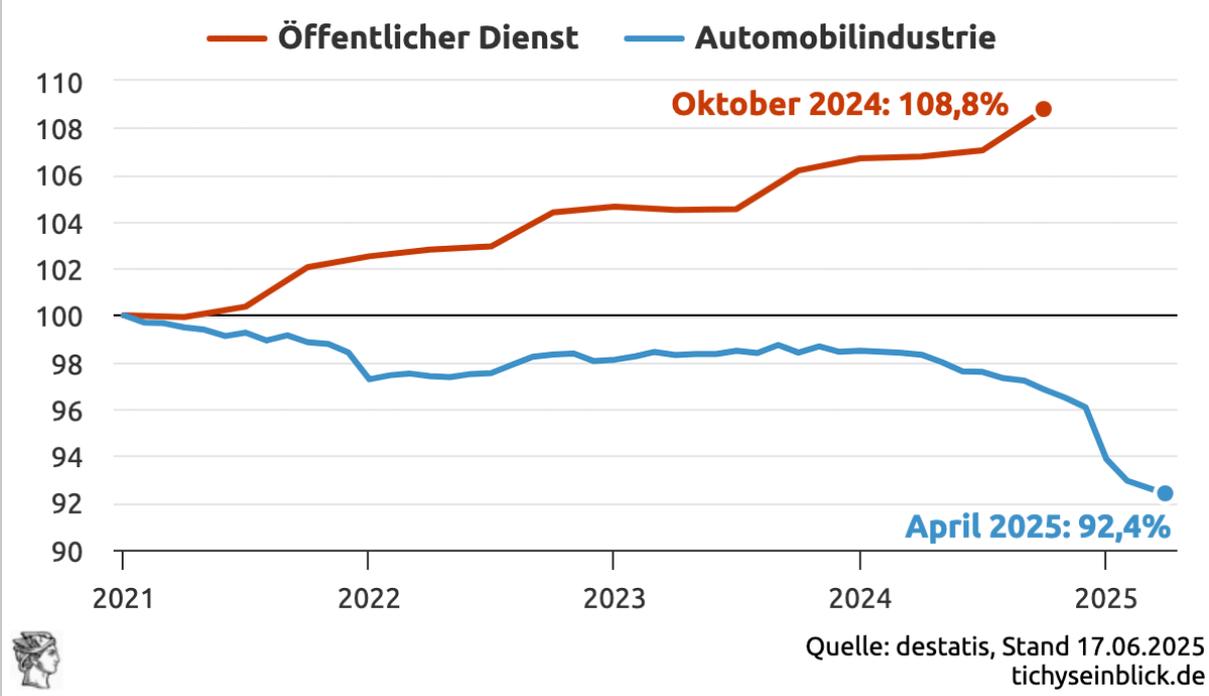
ÜBERBORDENDER STAATSAPPARAT

Deutschlands größter Arbeitgeber: Über fünf Millionen Bürger im öffentlichen Dienst

Währenddessen schweigt die Bundesagentur für Arbeit über Ursachen und Zusammenhänge. Dass überbordende Vorschriften, ideologische DEI-Programme und eine Energiepolitik am Rande des Realitätsverlustes zur Abwanderung von Fachkräften und Investitionen führen, scheint noch nicht in die Behörde vorgedrungen zu sein oder scheint dort ein Tabu zu sein.

Beschäftigungsentwicklung in Deutschland

Anzahl der Beschäftigten auf 01.01.2021 normalisiert



Staatwachstum als Selbstzweck

Es ist ein toxisches Gebräu, das sich hier bildet. Während der Staat immer weiter wächst, erodiert seine Basis. Er verordnet den Bürgern Transformation, Wohlstandsverzicht und Klima-Disziplinierung. Er selbst aber bläht sich immer weiter auf. Das neue Ministerium für Staatsmodernisierung ist in Wahrheit ein Bürokratieaufbauprogramm. Ein Verwaltungsapparat, der sich modern nennt, aber in Wahrheit hauptsächlich neue Versorgungsposten für Parteifunktionäre schafft.

Statt Rahmenbedingungen zu verbessern, setzt man auf Planwirtschaft im sozialen Gewand. Investitionen sollen gesteuert, Konsum gelenkt, Gesellschaft umgebaut werden. Wer widerspricht, gilt als rückständig oder „rechts“. Dabei braucht Deutschland jetzt keine ideologischen Programme, sondern verlässliche Energieversorgung, niedrige Abgaben, weniger Regulierung. Zusammengefasst: Bedingungen, in denen Industrie, Handwerk und Mittelstand wieder durchatmen können.

Leider geht es in die entgegengesetzte Richtung. Während der produktive Teil der Bevölkerung kämpft, schützt sich die politische Klasse durch neue Stellen, mehr Macht und geschönte Narrative. Die Geschichte kennt solche Entwicklungen. Sie enden nie gut.

Ich bin damit einverstanden, dass mir Inhalte von Twitter angezeigt werden.



DER AUFGEBLÄHTE STAATSAPPARAT WÄCHST WEITER

Der Staat versorgt sich selbst – auf Kosten des Steuerzahlers
